



Dr. Thomas Ulmer MdEP

**Nicht die Bürger müssen sich auf die Suche nach EU-Informationen begeben,
sondern die Informationen müssen sich auf die Suche nach den Bürgern begeben!**

EuKommunal News (EuKN)

Nachrichten für Kommunen aus und für Europa

15. April 2010

1. EU-Sportpolitik

Termin: 01.06.2010

Die Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Sportpolitik eingeleitet.

Vor dem Hintergrund der neuen EU-Kompetenzen im Bereich des Sports sind Organisationen und sportinteressierte Bürger aufgefordert, ihre Vorstellungen zur Ausgestaltung der neuen Kompetenzen mitzuteilen. Nach Abschluss der Konsultation am 01. Juni 2010 wird die Kommission im Laufe des Jahres 2010 Vorschläge zur Umsetzung der neuen Bestimmungen unterbreiten.

Informationen über die Aktivitäten der EU im Sportbereich unter

<http://ec.europa.eu/sport>

Die öffentliche Konsultation mit Fragebogen unter

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=EUandSPORT&lang=de>

oder

http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm

Zur EU-Sportpolitik häufig gestellte Fragen, letztmalig aktualisiert am 12. Oktober 2009 unter

http://ec.europa.eu/sport/faq/faq12_de.htm

2. Sport und Bewegung

Die EU will die Europäer zu mehr Sport und Bewegung ermuntern. Die für den Sport zuständige Kommissarin Androulla Vassiliou hat bei der Vorstellung einer Eurobarometer-Spezial-Umfrage zu Sport und Bewegung angekündigt, dass sie im Laufe des Jahres 2010 eine Initiative vorschlagen werde, die mehr Europäerinnen und Europäer ermuntern soll, Sport zu betreiben und Bewegung zu einem festen Bestandteil ihres Alltags zu machen. Der Vorschlag für ein **neues Programm „Sport“** soll dazu dienen, die Politik der Mitgliedsstaaten zu ergänzen und Projekte zu unterstützen.

Die Eurobarometer-Spezial-Umfrage beruht auf knapp 27.000 Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern in den 27 Mitgliedsstaaten (Deutschland Infratest 1.550

Interviews, Österreich Gallup - Institut 1.005 Interviews) u. a. mit folgenden Ergebnissen:

- 40 % der EU-Bürger sagen, dass sie mindestens einmal pro Woche Sport treiben (Deutschland 49 %; Österreich 38 %).
- Eine klare Mehrheit der EU-Bürger (65 %) geht mindestens einmal pro Woche einer anderen Form der körperlichen Betätigung nach (Deutschland 78 %; Österreich 69 %). Allerdings sagen auch 34 % der Befragten, dass sie sich selten oder nie körperlich betätigen (Deutschland 22 %; Österreich 31 %).
- 61 % der deutschen und 57 % der österreichischen Befragten sind Mitglied in einem Sportverein oder anderen Club.
- Zeitmangel ist EU-weit mit 45 % der mit Abstand am häufigsten genannte Grund dafür, dass sich Menschen nicht körperlich betätigen (Deutschland 40 %; Österreich 45 %).
- 75 % der Befragten sagen, dass ihnen in ihrer Wohngegend Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um sich sportlich zu betätigen (Deutschland 87 %; Österreich 85 %).
- 54 % sind der Meinung, dass die Gemeinde genug tut, damit sich die Bürger körperlich bewegen können (Deutschland 73 %; Österreich 63 %).
- 7 % der Europäer geben an, sich ehrenamtlich in lokalen Sportprojekten zu engagieren (Deutschland 9 %; Österreich 15 %).

Von Interesse ist insbesondere auch der im Anhang zur Umfrage veröffentlichte Fragebogen, der für eigene örtliche Erhebungen hilfreich sein kann.

Pressemitteilung vom 28. 03. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/383&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Die Eurobarometerumfrage (104 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_334_de.pdf

3. Vergaberecht

Der Verkauf kommunaler Grundstücke an Investoren ist nicht ausschreibungspflichtig. Mit Urteil vom 25. 03. 2010 (C 451/08) hat der Europäische Gerichtshof erneut die lebensfremde Auslegung des EU-Vergaberechts durch deutsche Oberlandesgerichte verworfen und die Entscheidungsfreiheit der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gestärkt. Der Verkauf eines öffentlichen Grundstücks, auf dem der Erwerber später Bauleistungen erbringen soll, stellt keinen öffentlichen Bauauftrag dar, wenn dieser Verkauf im Rahmen städtebaurechtlicher Vorgaben der Gemeinde (Bauleitplanung oder auch städtebauliche Verträge) erfolgt.

4. Ländlicher Raum

Trends und Entwicklungsszenarien im ländlichen Raum sind umfassend untersucht worden. Am 04. 03. 2010 hat die Kommission eine aktualisierte Studie zur Landwirtschaft und dem ländlichen Raum vorgestellt. Bereits 2007 war eine entsprechende Studie vorgelegt worden. Anlass sind die Planungen für die EU-Agrarpolitik nach 2013. Die vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung, Müncheberg, begleiteten Studien dienen dem Verständnis von Veränderungen der Landwirtschaft und der ländlichen Räume bis zum Jahr 2020. Es werden weitreichende und differenzierte Schlussfolgerungen als Herausforderungen an die europäische Landwirtschaft und die ländlichen Regionen aufgezeigt.

Weitere Einzelheiten (in englischer Sprache) unter

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/scenar2020ii/index_en.htm

Die aktuelle Studie (in englischer Sprache / 205 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/scenar2020ii/report_en.pdf

Die erste Studie vom Dezember 2006 (in englischer Sprache / 236 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/2006/scenar2020/final_report/scenar2020final.pdf

5. Europäische Bürgerinitiative

Die Kommission hat einen Verordnungsvorschlag für die „Europäische Bürgerinitiative“ vorgelegt. Danach müssen u. a. eine Million Unterschriften wahlberechtigter Bürger aus mindestens 9 der 27 Mitgliedstaaten (Vorschlag Bundesrat: 7 Staaten) zum Anstoßen eines Gesetzgebungsverfahrens vorliegen. Dabei wird die erforderliche Zahl der Unterstützer nach einer Formel berechnet, bei der die Zahl der Europaabgeordneten des jeweiligen Landes mit einem Faktor 750 multipliziert wird; das sind für Deutschland 72.000 und für Österreich 14.250 Unterstützer. Der Vorschlag setzt für das Sammeln der Unterstützungsbekundungen eine Frist von einem Jahr (Vorschlag Bundesrat: 18 Monate). Sobald 300.000 Unterstützungsbekundungen aus drei Mitgliedstaaten gesammelt wurden, muss die Kommission prüfen, ob die Initiative zulässig ist, d. h., ob es sich um einen unter ihre Zuständigkeit fallenden Bereich handelt. Der Kommission stehen dann weitere vier Monate zur Verfügung, um die Initiative selbst zu untersuchen. Dabei hat die Kommission einen weiten Ermessensspielraum: Die Kommission kann einen Rechtsetzungsvorschlag einbringen, die Sache z. B. mit einer Studie weiter verfolgen oder auf ein weiteres Handeln verzichten. Folgt sie dem Antrag der Bürgerinitiative nicht, muss sie das ausführlich begründen. Der Verordnungsvorschlag bedarf der Zustimmung des Parlaments und der Mitgliedstaaten.

Pressemitteilung der Kommission vom 31. 03. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/397&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Verordnungsvorschlag mit Begründung (34 Seiten) vom 31. 03. 2010 unter

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/docs/com_2010_119_de.pdf

Stellungnahme des Bundesrates unter

http://www.bundesrat.de/cln_188/SharedDocs/Drucksachen/2009/0801-900/841-1-09_templateId=raw.property=publicationFile.pdf/841-1-09.pdf

6. Sonntagsschutz

Der Sonntag soll europaweit als verbindlicher Ruhetag geschützt werden. Das ist das Ziel einer parteiübergreifenden Initiative von Europaabgeordneten, die den Trend zu immer mehr Sonntagsarbeit stoppen wollen. Die Initiatoren wollen eine den Sonntag schützende Bestimmung in der EU-Arbeitsschutzrichtlinie verankern, deren Überarbeitung derzeit diskutiert wird. Der Erfolg der Initiative wird von dem Nachweis abhängen, dass Sonntagsarbeit Nachteile für die Gesundheit und die sozialen Kontakte hat. Denn der Europäische Gerichtshof hatte bereits 1996 den Sonntagsschutz aus der ersten Arbeitszeitverordnung der EU mit der Begründung gestrichen, es lägen im Zusammenhang mit Sicherheit und Gesundheit keine ausreichenden Gründe vor.

Pressemitteilung der EVP-Fraktion vom 25. 03. 2010 unter

<http://www.cdusu.eu/content/view/6470/4/>

Der Aufruf für den arbeitsfreien Sonntag unter

[http://www.union-network.org/Apps/UNINews.nsf/vwLkpByld/CB3D3817A93A739AC12576F6003E5E3B/\\$FILE/Call%20for%20a%20work-free%20Sunday_DE.pdf](http://www.union-network.org/Apps/UNINews.nsf/vwLkpByld/CB3D3817A93A739AC12576F6003E5E3B/$FILE/Call%20for%20a%20work-free%20Sunday_DE.pdf)

7. EU – Stadtpolitik

Die Kommission hat einen aktuellen Leitfaden zur städtischen Dimension in den EU-Politiken vorgelegt. Für die Entwicklung und Revitalisierung von Europas Städten spielt dabei die Kohäsionspolitik mit dem Strukturfonds eine zentrale Rolle. In dem Leitfaden wird untersucht, wie Städte von EU-Politiken profitieren können, er geht den Auswirkungen von europäischen Politiken in städtischen Gebieten nach und bietet Informationen zu Finanzierungsmöglichkeiten.

Der Leitfaden – (französische Sprache, deutsche Fassung angekündigt – unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/index_en.htm

8. Nachhaltige Städte

Die 6. Konferenz zukunftsbeständiger Städte findet in Dünkirchen statt. Unter dem Motto „Nachhaltige Städte schaffen: Die Herausforderungen für kommunale Verantwortliche“ bietet die Veranstaltung vom 19. bis 21. Mai 2010 die Möglichkeit zum kommunalen Erfahrungsaustausch. Diese Veranstaltung ist nach Kopenhagen 2009 (COP-15) die erste große Konferenz in Europa, die sich mit dem Klimawandel beschäftigt. Englisch und Französisch sind die offiziellen Konferenzsprachen. Es wird allerdings eine Verdolmetschung ins Deutsche in allen Plenarsitzungen und mindestens einer parallelen Sitzung angeboten.

Zum Anmeldeverfahren und Programm unter

http://www.dunkerque2010.org/fileadmin/user_ICLEI/05-Announcements/2nd_Announcement_DE.pdf

Die Konferenz-Webseite unter

<http://www.dunkerque2010.org/de/heim/index.html>

9. Energie-Spar-Ziel

Die EU wird bis 2020 über 20 % ihres Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien beziehen. Das belegen nationale Vorausschätzungen, die für 2020 einen Deckungsgrad von 20,3 % ergeben. Danach werden 10 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland und Österreich, ihre nationalen Ziele für erneuerbare Energien voraussichtlich übererfüllen und weitere 12 ihre Ziele mit inländischen Ressourcen erreichen; 5 Mitgliedstaaten werden nach dem derzeitigen Stand ihre Ziele allein mithilfe von inländischen Quellen voraussichtlich nicht erreichen.

Pressemitteilung der Kommission vom 11. 03. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/265&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Umfassend (in englischer Sprache) unter

http://ec.europa.eu/energy/renewables/index_en.htm

Die Prognosemeldungen der Mitgliedstaaten sind im Internet abrufbar unter

http://ec.europa.eu/energy/renewables/transparency_platform/forecast_documents_en.htm

10. Entwicklungszusammenarbeit

Die Datenbank „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ ist aktualisiert worden. Ziel dieser Datenbank ist es, einen Überblick über das kommunale Engagement in der Entwicklungsarbeit zu geben. Der Aktualisierung der Datenbank ist eine bundesweite Befragung der Kommunen vorausgegangen. Ein Leitfaden mit weiteren ausführlichen Berichten sowie Hinweisen für Auslandseinsätze ist z.Zt. in Arbeit. Die Datenbank auf der Homepage des RGRE unter <http://www.rgre.de/>

11. Gewässer

Bis 2012 soll ein Konzept für den Schutz der europäischen Gewässer vorgelegt werden. Grundlage werden die nach der Wasserrahmenrichtlinie von den Mitgliedstaaten bis zum 22. 03. 2010 vorzulegenden Bewirtschaftungspläne für 110 Flusseinzugsgebiete sein. Mit den Bewirtschaftungsplänen soll bis 2015 für die europäischen Gewässer ein guter Zustand erreicht bzw. erhalten werden. Die Kommission hat aber weitergehend angekündigt, dass in das Konzept 2012 auch die Strategie zum Umgang mit Wasserknappheit und Dürre einfließen wird. Berücksichtigt werden soll auch eine Untersuchung der Empfindlichkeit von Wasser, Biodiversität und Böden gegenüber klimatischen Auswirkungen und vom Menschen verursachten Belastungen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/336&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

12. Grundwasser

Die Kommission erwägt eine Erweiterung der in der Grundwasserrichtlinie aufgeführten Schadstoffe. Das kündigte sie bei der Vorlage des Berichts über die Festlegung von Schwellenwerten für Grundwasser am 05. März 2010 an. Nach dem Bericht ist in den Mitgliedstaaten die Wahl der Parameter sehr unterschiedlich. Insgesamt wurden Schwellenwerte für 158 verschiedene Schadstoffe/Indikatoren festgelegt. Die Gesamtzahl der Schwellenwerte je Mitgliedstaat variiert zwischen 0 (Portugal) und 62 (Großbritannien). Deutschland liegt mit 18 und Österreich mit 21 Schwellenwerten im Mittelfeld. Grundlage für die Festlegung der Schwellenwerte sind in den meisten Mitgliedstaaten europäische und nationale Trinkwassernormen. In dem Bericht kündigt die EU-Kommission an, die Anhänge I und II der Grundwasserrichtlinie bis Januar 2013 zu überprüfen. In diesem Rahmen soll auch entschieden werden, welche Stoffe für die Festlegung von (neuen) EU-Normen in Betracht kommen.

Bericht (13 Seiten) vom 05. 03. 2010 über die Festlegung von Schwellenwerten für Grundwasser unter

<http://ec.europa.eu/environment/water/water-framework/groundwater/pdf/DE.pdf>

Richtlinie (2006/118/EG) vom 12. 12. 2006 zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung unter

http://europa.eu/legislation_summaries/environment/water_protection_management/l28139_de.htm

13. Wassereinsparung

Wird es eine Richtlinie zur Wassereinsparung in Gebäuden geben?

Darüber berichtet EurActiv am 02. 04. 2010 unter Hinweis auf das Arbeitsprogramm 2010 der Kommission.

Einzelheiten (in englischer Sprache) unter

<http://www.euractiv.com/de/nachhaltige-entwicklung/eu-legt-eine-richtlinie-zur-wassereinsparung-gebaeuden-vor-news-406079>

14. Abfallreduzierung

Termin: 31. 05. 2010

Eine „Europäische Woche zur Abfallreduzierung“ findet vom 20.-28. November 2010 statt.

Ziel ist die Unterstützung von Abfallvermeidungsmaßnahmen auf nationaler Ebene. Alle auf dem Gebiet der Abfallvermeidung tätigen Behörden können sich beteiligen. Teilnehmer an dem aus dem Programm „LIFE+“ geförderten dreijährigen Projekt profitieren vom „best practice“ Austausch mit anderen Ländern. Meldeschluss ist der 31.05.2010

Weitere Informationen (in englischer Sprache) unter

<http://ewwr.eu/presentation-week>

Bewerbungsformular (englisch) unter

http://ewwr.eu/sites/default/files/organisateurs/EWWR_Call%20for%20Interest_Form_EN.doc

15. Abfallverwertung

In der Abfallverwertung sind die Österreicher und Deutschen Europameister.

Nach der neusten Abfallstatistik (2008) wurden in Österreich 69 % und in Deutschland 65 % verwertet, davon in Österreich 29 % recycelt, 40 % kompostiert und in Deutschland 48 % recycelt, 17 % kompostiert. Der EU-Durchschnitt lag für diesen Bereich bei 23 % und 17 %. Die weiteren Zahlen für Deutschland: 581 Kilogramm Müll pro Kopf, 1 % deponiert, 35 % verbrannt; für Österreich: 601 Kilogramm Müll pro Kopf, 3 % deponiert, 27 % verbrannt. In der EU lag das Abfallaufkommen pro Person im Durchschnitt bei 524 kg. Von diesen Abfällen wurden 40 % deponiert, 20 % verbrannt, 23 % recycelt und 17 % kompostiert. Die durchschnittliche Menge der Abfälle in der EU blieb damit nahezu unverändert gegenüber 2007 (525 kg pro Person).

Pressemitteilung von eurostat vom 19. 03. 2010 unter

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/8-19032010-AP/DE/8-19032010-AP-DE.PDF

16. Lohnnebenkosten

Bei den Lohnnebenkosten liegt Deutschland im EU-Vergleich im Mittelfeld. Der vom Statistischen Bundesamt vorgelegte Arbeitskosten- und Lohnnebenkostenvergleich für 2009 hat einen europäischen Durchschnitt von 36 € Lohnnebenkosten auf 100€ Bruttolohn ermittelt. Mit 32€ Lohnnebenkosten nahm Deutschland einen Mittelplatz ein; in Frankreich betragen die Lohnnebenkosten 50 €, in Österreich 40 € und in England 27 €. Hauptbestandteil der Lohnnebenkosten sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung.

Weitere Einzelheiten in der Pressemitteilung des Stat. Bundesamts vom 30. 03. 2010 unter

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/03/PD10_122_624,templateId=renderPrint.psm

17. Europäische Gesellschaft (SE)

Termin 23. 05. 2010

Die Erfahrungen mit dem Statut der Europäischen Gesellschaft werden ermittelt. Im Rahmen eines Konsultationsverfahrens wird nach

Änderungsvorschlägen und Verbesserungsmöglichkeiten gefragt. Grundlage ist eine von der Kommission im Dezember 2008 veranlasste externe Studie, zu der nun Interessengruppen zur Stellungnahme aufgefordert sind. Die Kommission will die Verbreitung dieser Gesellschaftsform fördern und u. a. die Gründe dafür ermitteln, dass die SE in manchen Ländern deutlich erfolgreicher ist als in anderen. Die SE bietet grenzüberschreitend tätigen Unternehmen die Möglichkeit, mit einem stabilen rechtlichen Rahmen unabhängig von nationalen Grenzen zu operieren und damit interne Kosten zu reduzieren. Ende 2009 gab es rund 430 SE, ein Drittel nicht aktive Vorratsgesellschaften. In Deutschland haben u. a. die Unternehmen BASF, MAN, Allianz und Porsche die Gesellschaftsform der SE gewählt. Am 26. Mai 2010 wird eine Konferenz zu dem Thema stattfinden. Beiträge im Rahmen der Konsultation können bis zum 23. Mai 2010 eingereicht werden.

Zur Europäischen Gesellschaft „Societas Europaea“ (SE) unter

http://ec.europa.eu/internal_market/company/se/index_de.htm

Pressemitteilung der Kommission vom 23. 03. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/338&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die öffentliche Konsultation (in englischer Sprache) unter

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/se_en.htm

18. Internationale Ehescheidung

In 11 EU-Staaten soll das Scheidungsrecht internationaler Ehen vereinfacht werden. Derzeit können Ehepaare mit internationalem Hintergrund kaum absehen,

welches Recht für sie in Scheidungs- oder Trennungsverfahren gilt. Künftig sollen die Ehegatten entscheiden können, nach welchem nationalen Recht sie sich scheiden lassen wollen, wenn einer der Ehepartner einen Bezug zu dem betreffenden Land hat. Kommt eine Einigung nicht zustande, sollen die Gerichte diese Frage nach einem einheitlichen Verfahren entscheiden. Dabei sollen die Regeln des Landes einen gewissen Vorrang haben, in dem die Eheleute zusammen leben, wo die Ehe geschlossen wurde oder welcher Nationalität die Partner angehören. 2007 hatten von den eine Million Ehescheidungen rund 140.000 einen internationalen Bezug, d. h., die Eheleute hatten verschiedene Nationalitäten bzw. den Wohnsitz in einem anderem als dem Herkunftsmitgliedstaat. Eine einheitliche EU-Regelung scheiterte bislang an dem vehementen Widerstand einiger EU-Staaten. Die Neuregelung im Scheidungsrecht soll daher im Rahmen einer „verstärkten Zusammenarbeit“ vorerst nur in 11 EU-Staaten Anwendung finden, darunter in Deutschland, Österreich, Frankreich und Spanien. Die Regelung bedarf der Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit der EU-Regierungen; das Parlament hat ein Mitspracherecht. Pressemitteilung vom 24. 03. 2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/347&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Verordnungsvorschlag mit ausführlicher Begründung unter
http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/doc/com_2010_105_de.pdf

19. Heimtiere

Die Vorschriften über die Mitführung von Heimtieren innerhalb der EU werden ab 2012 weiter liberalisiert. Nach einer Entscheidung des Parlaments vom 09. 03. 2010 sind besondere Einfuhrvorschriften Finnlands, Irlands, Maltas, Schwedens und Englands für Hunde, Katzen und Frettchen ab 01. 01. 2012 nicht mehr zulässig. Damit entfallen kostspielige Sonderuntersuchungen auf Bandwürmer und Zecken sowie zusätzliche Vorschriften für die Tollwutimpfung, die über die bereits in der EU geltende Impfpflicht hinausgehen.

Weitere Informationen (in englischer Sprache) unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+IM-PRESS+20100308IPR70125+0+DOC+PDF+V0//EN&language=DE>

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/066-70126-067-03-11-911-20100308IPR70125-08-03-2010-2010-false/default_de.htm

Einzelheiten zum EU-Heimtierpass unter

<http://www.zzf.de/tips/artikel/29.html>

20. Arbeitsschwerpunkte für 2010

Die Kommission hat ihre strategischen Arbeitsschwerpunkte für 2010 veröffentlicht. Die Kommission will sich auf vier Aktionsbereiche konzentrieren:

1. Bewältigung der Krise und Bewahrung der sozialen Marktwirtschaft in Europa;
2. Eine Agenda für Bürgernähe: der Mensch im Mittelpunkt der EU-Maßnahmen;
3. Eine einflussreiche Europäische Union, die mit einer Stimme spricht;
4. Modernisierung der Instrumente und der Arbeitsweise der Union.

Eine Liste der strategischen Initiativen sind (in englischer Sprache) in 4 Anhängen enthalten. Im Anhang I werden 34 strategische Prioritäten dargelegt, die noch vor Jahresende umgesetzt werden sollen; es folgen im Anhang II Vorschläge, die 2010 oder auch „für den Rest der Amtszeit“ in Betracht kommen; Anhang III enthält Vereinfachungsvorschläge und Anhang IV Vorschläge, die zurückgezogen werden sollen.

Das Arbeitsprogramm „Jetzt handeln“ (14 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2010_de.pdf

Die 4 Anhänge (Englisch 44 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/documents/pdf/20100331_1b_en.pdf

21. EU - Statistik

Die EU verfügt über einen hochwertigen statistischen Informationsdienst.

Eurostat ist das statistische Amt der Europäischen Union mit Sitz in Luxemburg. Es hat den Auftrag, die Union mit europäischen Statistiken zu versorgen, die Vergleiche zwischen Ländern und Regionen ermöglichen. Europäische Statistiken sind veröffentlicht auf der Webseite der Kommission unter

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes>

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Wilhelmstraße 60, Zi. 0.61 10117 Berlin / Telefon +49-30-22775974 / Telefax +49-30-22776958